



Was kommt nach der Wahl?

Schleswig-Holstein hat gewählt. Was wird auf die Polizei zukommen?

Unmittelbar nach der Wahl ist vieles natürlich Spekulation und manchmal kommt es dann doch anders als man denkt.

Glaubt man den Verlautbarungen unmittelbar am Wahlabend, erscheint die Bildung einer so genannten „Dänen-Ampel“ die wahrscheinlichste Variante. Die DPoIG hat vor der Wahl so genannte „Wahlprüfsteine“ verschickt und anhand der Antworten wollen wir versuchen zu ergründen, wo es wohl sicherheitspolitisch hingehet in den nächsten Jahren.

Vorausschicken muss man allerdings, dass unsere Erfahrungen mit Wahlversprechen nicht sehr gut sind. Die letzte Landesregierung versprach vor der Wahl, keine Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld und keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Was nach der Wahl geschah, ist hinlänglich bekannt.

Aber wir wollen den Blick nach vorne richten und die Schnitt-

mengen im Fall einer Dänenampel beleuchten.

► Personalausstattung der Polizei

Hier scheint es bei der SPD widersprüchliche Vorstellungen zu geben. Im Zuge der Beantwortung der Wahlprüfsteine wurden die unzureichende Personalausstattung und ein Defizit von 160 Planstellen durch die strategische Lücke anerkannt. Eine Aufstockung des Personalkörpers wurde ausdrücklich aufgrund der Haushaltssituation als unwahrscheinlich dargelegt, man wolle aber erneut das Thema Aufgabenkritik angehen.

Dem entgegen standen Äußerungen des Spitzenkandidaten Albig im Wahlkampf, auch die Polizei beim Personalabbau im öffentlichen Sektor mit einzuplanen.

Die Grünen gaben zur Antwort, keine Stellenstreichungen bei der Polizei zu planen. Auch die Grünen planen eine Reduzierung auf Kernaufgaben. Es soll geprüft werden, ob sich die Polizei noch weiter bei der Aufnahme von leichten Verkehrsunfällen zurückziehen kann, zudem soll es eine Dekriminalisierung bei der leichten Drogelinquenz geben. Ein Rückzug der Polizei bei kommerziellen Veranstaltungen soll vorangetrieben werden.

Der SSW lehnte eine Reduzierung des Personals bei der Polizei ab. Ebenfalls will der SSW die Polizei auf ihre Kernaufga-

ben beschränken und den Einsatz der Polizei bei kommerziellen Veranstaltungen reduzieren.

► Personalentwicklung bei der Polizei

Die SPD antwortete, dass die Beamten durch die Kürzungen im letzten Haushalt ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben. Im Rahmen der Haushaltsmittel soll ein verlässliches Personalkonzept entwickelt und Beförderungsstaus aufgelöst werden.

Die Grünen wollen Einnahmen aus der Kostenpflicht für kommerzielle Veranstaltungen in die Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs investieren. Die Durchlässigkeit der Laufbahnen und der Sparten soll erhöht werden.

Der SSW hält eine zweigeteilte Laufbahn für erstrebenswert, die Unterscheidung der Arbeit zwischen Schutz- und Kriminalpolizei entbehrt jeglicher sachlicher Grundlage. Eine verbesserte Durchlässigkeit soll gewährleistet werden.

► Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte

Eine Rückführung auf die ursprüngliche Altersgrenze versprach keine Partei. Die SPD will die individuellen Belastungen im Arbeitsleben, zum Beispiel durch Wechselschichtdienst, stärker berücksichtigen. Die Grünen reflektieren mehr auf eine stärkere Flexibilität innerhalb der Organisation, zum Beispiel durch Lebensarbeitszeit-

konten. Der SSW präferiert flexible Arbeitszeitmodelle und eine Reduzierung der Belastung durch einen Rückzug der Polizei bei kommerziellen Großveranstaltungen.

► Sonderzahlungen

Keine der Parteien stellt eine Rücknahme der Beschlüsse zu den Sonderzahlungen in Aussicht.

► Rückzug aus der Fläche

Alle drei Parteien sprechen sich für eine grundsätzlich dezentrale und bürgernahe Polizeiorganisation, gerade im ländlichen Bereich, aus. Präsenz und Prävention soll vor Ort geleistet werden.

► Kennzeichnungspflicht

Alle drei Parteien sprechen sich für eine Kennzeichnung von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen aus, jedoch mit einer Nummernfolge und keinesfalls mit Namen.

► Gesundheitsfürsorge

Alle drei Parteien treten für eine Überführung der Beamten in ein einheitliches Gesundheitssystem (zum Beispiel Bürgerversicherung) ein und halten die Heilfürsorge und Beihilfe für nicht mehr zeitgemäß.

► Ausblick:

Die Politik ist immer für Überraschungen gut. Wir müssen abwarten, welche politische Konstellation sich am Ende durchsetzt. Fakt ist, dass zum Beispiel eine „Dänenampel“ im Bereich der Sicherheitspolitik andere Akzente setzen wird als eine konservative Regierung. Wir werden aber unvoreingenommen mit jeder Regierung in den Dialog treten, um die Interessen der Polizei zu wahren.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841

Geplante Aufzüge der NPD sowie zahlreiche Gegen-Demonstrationen am 1. und 5. Mai 2012 in Neumünster

Demonstration der Bürger gegen „Rechts“ erfolgreich – soweit so gut!

Die NPD hatte vor dem Hintergrund der vorgezogenen Wahl zum schleswig-holsteinischen Landtag für den 1. Mai 2012 eine Versammlung (Kundgebungen und Aufzug) mit dem Motto „Wir arbeiten – Brüssel kassiert!“ angemeldet.

Gegen diesen – Zitat: „Aufmarsch der Rechten“ – wurden durch eine Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Vereinigungen mehr als 30! Veranstaltungen unterschiedlicher Rechtsqualität initiiert und teilweise bis unmittelbar vor dem anstehenden Ereignistag beantragt, angemeldet und organisiert. Tragendes Leitwort „Bunt statt braun“.

Die wichtigsten waren jeweils auch als Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes zu werten. Für die befassen Behörden eine weitere schon von daher schwer lösbare Aufgabe.

Für die Polizei kam noch erschwerend hinzu, dass der „1. Mai“ bundesweit regelmäßig starke Polizeikräfte bindet. So musste der Einsatz mit reduzierten Kräften bewältigt werden.

Dennoch, die Polizei war rechtzeitig aufgestellt und sorgte

insbesondere bereits im Vorfeld für die Klarstellung und Erläuterung des polizeilichen Auftrages, nämlich Gewährleistung der Einhaltung des geltenden Rechts, sowohl durch gezielte Veranstaltungen zum Beispiel in Schulen wie in den Medien.

Am Einsatztag wurden gesetzliche Regeln entsprechend konsequent durchgesetzt:

Nachdem die weit überwiegende Zahl der NPD-Anhänger am falschen Bahnhof ausstieg und diese sich unter Nichteinhaltung des Auflagenbescheides von dort zum Aufzug formierten, wurde dieser beendet. Im Nachhinein kam es zu Ingewahrsamnahmen und

► Einleitung von Strafverfahren

Der erfolgreiche polizeiliche Einsatz sowie der Erfolg des beeindruckenden bürgerlichen Auftretens gegen „rechts“ ist hinreichend durch die Medien dargestellt worden. Soweit so gut!

Leider waren – wie zu erwarten – auch zahlreiche gewaltbereite „Autonome“ erschienen.

Deren Aggressionspotential und Angriffslust gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten war einmal mehr erschreckend hoch.

Sie suchten an einigen Stellen bewusst die Auseinandersetzung mit Polizeikräften.

Das „nur“ zwei Einsatzfahrzeuge beschädigt wurden, dürfte lediglich glücklicher Zufall sein.

Und was Transparente mit Aufschriften wie „Ganz Hamburg hasst die Polizei“ und „Die Krise heißt Kapitalismus“ mit einer behaupteten Intention gegen eine rechte Demo verbindet, bleibt unerklärlich.

Die Täter konnten nicht ergriffen werden.

Ärgerlich nicht nur für die eingesetzten Beamten, dass nahezu alle Veröffentlichungen diesen Teil der Wahrheit nicht vermittelten!

Damit war leider noch nicht Schluss – nach dem Einsatz ist vor dem Einsatz!

Die NPD meldete kurzfristig einen neuen Aufzug für Sonnabend, den 5. Mai 2012, an.

Wieder ähnliches Szenario: Gegenveranstaltungen, enormer behördlicher und namentlich polizeilicher Aufwand.

Dass die NPD und ihre Anhängerschaft dann nicht erschienen, half nur bedingt.

Selbstverständlich musste die eindeutige Lagebereini-

gung in Neumünster abgewartet werden.

Unser Dank als DPoIG Schleswig-Holstein richtet sich an alle, die sich als Bürger friedlich für unsere freiheitlich-demokratische Ordnung einsetzten; vor allem aber an unsere Kolleginnen und Kollegen. Nicht wenige mussten sowohl am 1. Mai zusätzlich Dienst versehen als auch auf das einzige freie Wochenende im Monat verzichten.

Und, wieder einmal haben auch die Alarmeinheiten ihren guten Aus- und Fortbildungsstand dargestellt. Aber auch dies kostet Zeit, Engagement, Geld und Personalstunden.

Unsere Hamburger Kollegen „durften“ am 1. Mai anschließend noch in die lange Nacht des „Schanzenviertels“.

Die Politik muss endlich begreifen, dass Einsatzmöglichkeiten der Polizei und Belastungszumutungen für die Mitarbeiter schon jetzt ein ertragbares Limit erreicht haben.

Allein gutes polizeiliches Selbstverständnis, entsprechende Eigenmotivierung und herausragende persönliche Einsatzbereitschaft können Personal-Defizite auf Dauer nicht ausgleichen.

Bundesweit teilweise begonnener und vielfach bereits geplanter Personalabbau, gerade auch bei geschlossenen Einheiten, ist zweifellos ein falscher Weg.

*Jochen Einfeldt,
stellvertretender
Landesvorsitzender*





> Landesvorsitzender
Torsten Gronau



„Tanz in den Frühling“

DPoIG-Ball im Kieler Yacht-Club ein großer Erfolg

Am 28. April 2012 feierte die DPoIG Schleswig-Holstein im Kieler Yacht-Club ihr mittlerweile traditionelles „Fest mit der Polizei“.

Unter dem Motto „Wir tanzen den Frühling herbei“ konnte der DPoIG-Landesvorsitzende Torsten Gronau unter den illustren, gutgelaunten Gästen die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Marlene Löh, den Landtagsabgeordneten der FDP, Herrn Christopher Vogt, den Staatssekretär im Finanzministerium, Herrn

Dr. Olaf Bastian, sowie die Landesbundchefin des dbb Schleswig-Holstein, Frau Anke Schwitzer, begrüßen.

Während die gewohnt gut aufspielende Band „Just be you“ dafür sorgte, dass das Tanzbein reichlich geschwungen wurde, ist von den Gästen aus dem ganzen Land als besonderes Highlight des Abends der Auf-

tritt der aus Funk und Fernsehen bekannten Sängerin, Entertainerin und Parodistin Edwina de Pooter empfunden worden. Ihre One-Woman-Show sorgte für ausgesprochen gute Unterhaltung, hochklassige Musikeinlagen sowie viel Spaß.

Auch über die bei der Tombola von der DPoIG sowie zahlreichen Sponsoren gestifteten

teils beachtlichen Preise konnten sich einige Gewinner erfreuen.

Bleibt zu resümieren, dass auch der diesjährige DPoIG-Ball im noblen, altherwürdigen Kieler Yacht-Club als voller Erfolg zu bezeichnen ist. Fortsetzung folgt ...

Thomas Nommensen



> Edwina de Pooter





Selbständig bis ins hohe Alter

Befragung von DBV Deutsche Beamtenversicherung und AXA zeigt: 93 Prozent der Deutschen wünschen sich finanzielle Unabhängigkeit im Alter – auch im Pflegefall.



Foto: DBV

setzt. Beamte schneiden allerdings besser ab: Von denjenigen, die angegeben haben, eine Pflegeversicherung abgeschlossen zu haben, sind 53 Prozent Beamte. „Es ist anzunehmen, dass Beamte nicht nur ein höheres Sicherheitsbedürfnis haben, sondern sich zugleich auch stärker mit dem Thema Pflege auseinandersetzen“, erklärt Dr. Markus Groß-Engelmann, Leiter des Kundensegmentes öffentlicher Dienst.

Bei der Frage, welche Vorsorge bereits für den Fall der Pflegebedürftigkeit in der eigenen Familie getroffen wurde, beziehungsweise welche Vorsorgemaßnahmen in Betracht kommen würden, gibt mehr als die Hälfte den Aufbau eigenen Vermögens an (51 Prozent). Beinahe allen Befragten ist finanzielle Unabhängigkeit (93 Prozent) wichtig. Auch eine selbstständige Lebensführung (92 Prozent) und genügend soziale Kontakte (87 Prozent) wollen sie im Alter gern beibehalten.

Um als Pflegefall nicht allein vor dieser Herausforderung zu stehen, ist es 84 Prozent der Befragten wichtig, einen Ansprechpartner zu haben, den man im Notfall um Hilfe bitten kann.

Und jeder Zweite wünscht sich professionelle Unterstützung bei der Erledigung von Formalitäten (49 Prozent).

► Pflegevorsorge mit Weitblick

Um den Lebensstandard auch im Pflegefall aufrechterhalten zu können, ist es wichtig, sich und seine Familienmitglieder gut abzusichern. Die DBV hat hierfür verschiedene Pflegevor-

sorge-Lösungen entwickelt, die diesen Wünschen entsprechen. „Die Pflegezusatzversicherungen der DBV helfen, eine Finanzlücke zu schließen, die sich aus der gesetzlichen Pflegeversicherung und den tatsächlich anfallenden Kosten ergibt. Sie bieten bedarfsgerechte Lösungen für unterschiedliche Lebensphasen“, erklärt Groß-Engelmann.

Pflegevorsorge Flex zum Beispiel ist ideal für all jene, die zwar vorsorgen, dabei aber flexibel bleiben möchten. Mit diesem Tarif bietet die DBV die bislang noch seltene Möglichkeit, jede Pflegestufe einzeln nach persönlichem Wunsch mit einem unterschiedlichen monatlichen Pflegegeld zu versichern. Wer zunächst nur Pflegestufe III absichern möchte, hat nach Ablauf von fünf Jahren die Möglichkeit, ohne erneute Gesundheitsprüfung auch die Pflegestufen I und II abzudecken. Außerdem gibt es das Angebot FamilyFit, das generationsübergreifend einen Pflegeschutz für die gesamte Familie bietet. Ergänzend sorgt Pflegevorsorge Akut für aktive Unterstützung im Pflegefall.

Bei allen Vorsorgelösungen sind die Beiträge nach Eintrittsalter gestaffelt. Wer früh anfängt, für den Pflegefall vorzusorgen, profitiert von einem günstigeren Tarif. Ein weiterer Pluspunkt: Die Antragsstellung ist enorm vereinfacht und beinhaltet bis zu einem Alter von 65 Jahren nur zwei Gesundheitsfragen.

Im Auftrag von DBV und AXA hat das Marktforschungsinstitut forsa zwischen dem 18. und 23. Januar 2012 eine repräsentative Befragung unter 1 004 Personen ab 18 Jahren in Deutschland durchgeführt. ■

Köln, 23. April 2012. Jeder zweite Mann und zwei von drei Frauen werden vor ihrem Tod zum Pflegefall. Die Kosten für eine angemessene Pflege übersteigen leider in der Regel die Leistungen aus der gesetzlichen Pflegepflichtversicherung. Pflegebedürftigkeit ist damit nicht nur eine emotionale, sondern für viele auch eine finanzielle Herausforderung. Laut einer repräsentativen Studie von DBV Deutsche Beamtenversicherung und AXA geben fast alle Befragten an, im Alter jedoch besonderen Wert auf finanzielle Unabhängigkeit zu legen – damit dieser Wunsch auch im Falle einer Pflegebedürftigkeit erfüllt werden kann, muss privat vorgesorgt werden.

► Befragung von DBV und AXA zeigt Wünsche im Alter auf

Die meisten wissen, dass die Kosten einer umfassenden Pflege durch die gesetzliche Absicherung allein nicht gedeckt sind. Dennoch haben die wenigsten ausreichend vorgesorgt.

Das bestätigen die Ergebnisse einer forsa-Befragung im Auftrag von DBV und AXA. So gibt mehr als ein Fünftel der Befragten an, sich mit der Vorsorge im Fall der Pflegebedürftigkeit noch nicht beschäftigt zu haben (21 Prozent) oder macht gar keine Angaben. Vor allem die unter 30-Jährigen (31 Prozent) haben sich mit dieser Frage noch nicht auseinanderge-